

Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **60 (1968)**

Heft 1

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeitschriften-Rundschau

Diskussion um das parteipolitische Engagement der Gewerkschaften

In Teilen der Arbeiterschaft der Bundesrepublik Deutschland äußert sich in letzter Zeit immer wieder ein gewisses Mißtrauen gegen die große Regierungskoalition; die Zahl der Kritiker hat sich in den letzten Monaten offensichtlich vermehrt.

Sicher ist es nicht ungeschickt, daß die Redaktion der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» diesen Stimmen von Zeit zu Zeit Gehör verleiht, besonders dann, wenn die Probleme des DGB im Zusammenhang mit der Koalition gesehen werden müssen. In Heft 12/1967 dieser Zeitschrift findet sich nun ein Beitrag von Fritz Vilmar, «Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften», in dem dieser der Meinung vieler Opponenten Ausdruck gibt, daß durch die zunehmende Anpassungspolitik der SPD «die sozialen und entspannungspolitischen Tendenzen, die die Sozialdemokraten in die große Koalition einzubringen versuchen, verdrängt werden von den massiven, in engstem Kontakt mit Großkapital und Großfinanz formulierten sozialreaktionären Interessen, zu deren Sprecher sich seit 1948 die CDU in immer stärkerem Maße gemacht hat». In der Analyse der momentanen Situation gelangt Vilmar zu folgendem Schluß: «So zeigen die personellen und programmatischen Gegebenheiten unserer Parteien (gemeint ist die SPD und die CDU), daß es den Arbeitnehmervertretern, den aktiven Gewerkschaftern, auch in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gelungen ist, in diesem Land einen angemessenen Einfluß auf die Politik der Parteien zu nehmen. Die Parteipolitik blieb fast ausschließlich bürokratisch, ‚mittelständisch‘ oder besitzbürgerlich denkenden und handelnden Kräften überlassen...» Vilmar glaubt, daß diesen Mißständen durch eine Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder entgegengetreten werden könnte. Es müßte erreicht werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder einsehen, daß es nicht genügt, nur Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Vilmar möchte, daß die Gewerkschaftsmitglie-

der auch ihren Beitritt in eine der beiden großen deutschen Parteien (CDU und SPD) geben und dort aktiv für ihre Interessen eintreten. Um diesen vielfachen Einsatz zu koordinieren, müßten die Arbeitnehmer und Gewerkschafter «mit einem eigenen konkreten, profilierten und aktuellen Schwerpunktprogramm in die parteipolitische Arbeit hineingehen». Vilmar sieht darin die einzige Möglichkeit für eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen. In einem scharfen Plädoyer wendet er sich gegen die Resignierten und Sektierer, die eine «Wiederbelebung der demokratisch-sozialistischen Idee» nur «links von der SPD» sehen; für ihn gibt es dort «kein Weg zur Veränderung». Neben den mehr taktischen Vorschlägen postuliert Vilmar einen ganzen Katalog von Forderungen, die zu einer Reaktivierung der Gewerkschaften führen sollen. Einige dieser Postulate könnten kaum auf schweizerische Verhältnisse übertragen werden, während wiederum andere auch bei uns zu heftigen, eventuell fruchtbringenden Diskussionen führen könnten.

Die Redaktion der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» hat sich bemüht, dieser sachlichen Kritik eine Antwort von kompetenter Seite zu geben. Ludwig Rosenberg, der Präsident des DGB, bemüht sich, in seiner Antwort die Thesen Vilmars in «Richtiges und Falsches» zu zerlegen. Diese in sehr sachlichem Ton gehaltene «Zergliederung» wirkt leider nicht immer ganz überzeugend. Vieles bedarf einer gründlichen Absprache, wenn die von der Redaktion in Aussicht gestellte Weiterführung des Gesprächs fruchtbringend sein soll.

Hinweise

Das November/Dezember-Heft der Wiener Monatsschrift «Neues Forum» behandelt in drei äußerst aktuellen Beiträgen das für die ganze Menschheit lebenswichtige Thema der «Abrüstung». Die Arbeit «Was kostet die Abrüstung?» schrieb Frau Alva Myrdal, Schwedens Minister für Abrüstungsfragen, Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz (und Gattin des bekannten

sozialdemokratischen Nationalökonominnen und Ex-Ministers Gunnar Myrdal). Der Beitrag «Unbewaffnete Neutralität – zweite Runde» entstammt der Feder des österreichischen Professors Dr. Hans Thirring (emerittierter Ordinarius für theoretische Physik). «Für Friedensinitiative der Neutralen» heißt der Titel des Aufsatzes des Ordinarius für politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, Professor Dr. Ossip K. Flechtheim.

Den Leitartikel von Heft 12 von «Arbeit und Wirtschaft» verfaßte Peter Anders, ein österreichischer Volkswirtschaftler, der viele Jahre als leitender Beamter in einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen tätig war. Er befaßt sich darin recht ausführlich mit dem «Weltplan für die Landwirtschaft». Der Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Wiener Arbeiterkammer, Eduard März, schreibt sodann zum Problem «Eigentum und Macht in unserer Gesellschaft». Gerade weil der Begriff «Pluralismus» in Kreisen der SPÖ in letzter Zeit zu heftigen Diskussionen führte, ist der Artikel von Eduard März besonders zu empfehlen. März gelangt unter anderem zu folgender Feststellung: «Der Pluralismus ist jedoch kaum eine Theorie, sondern eher eine Beschreibung bestimmter politischer Prozesse, die an der Oberfläche liegen». Die von März in «Arbeit und Wirtschaft» veröffentlichte Analyse der Macht und Eigentumsverhältnisse dürfte, obwohl es sich nur um einen Auszug aus einer größeren Untersuchung handelt (diese wird als Ganzes in der Festschrift zum 60. Geburtstag des Gewerkschaftsvorsitzenden der IG-Metall, Otto Brenner, erscheinen), etwas vom Substanziellsten sein, was in den letzten Jahren zu diesem Thema beigezeichnet wurde.

Walter Benjamin zählt zu den bedeutendsten Kulturphilosophen und Literaturwissenschaftlern unseres Jahrhunderts. In sozialistischen Kreisen wird er oft – trotz aller Gegensätzlichkeit – mit Ernst Bloch und Georg Lukacs genannt. Walter Benjamin beendete sein Leben 1940 auf der Flucht vor den faschistischen Schergen. Daß uns sein Werk nicht ganz verlorengegangen ist, verdanken wir in erster Linie dem Suhrkamp-Verlag sowie den beiden Nachlaßverwaltern Theodor W. Adorno und Gerhard Scholem. Doch als 1966 die zweibändige Briefausgabe herauskam, wurden wiederholt Stimmen laut, die von einer Nachlaßmanipulation sprachen. So erklärte unter anderen der bekannte westdeutsche Essayist und Lyriker Helmut Heissenbüttel: «In allem was Adorno für das Werk Benjamins getan hat, bleibt die materialistisch-marxistische Seite ausgelöscht...» Die Berliner Zeitschrift «alternative» ging in ihrer Oktober-Novembernummer den Vorwürfen nach und erbringt nun einige Beweise für deren Richtigkeit. Nachdem wir im «Westen» immer wieder DDR-Editionen mit Recht scharf kritisieren (beispielsweise die einseitig zusammengestellte Ausgabe der Schriften Carl von Ossietzkys von Bruno Frei im Berliner Aufbau-Verlag), wenn dort solche Praxisen angewendet werden und das Werk eines Autors nur soweit veröffentlicht wird, als es den herrschenden politischen Ideen gerecht wird, dürfte eine harte Kritik am Suhrkamp-Verlag wie auch an den Nachlaßverwaltern des Werkes von Walter Benjamin sehr am Platze sein. Die ganze jetzt angerollte Diskussion könnte insofern ein positives Resultat zeitigen, als sie Anstoß zu einer objektiveren und umfassenderen Bearbeitung des Werkes von Walter Benjamin sein könnte. *Otto Böni*